

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 49 | 09.12.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 101/2016](#)

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2017 (**Bundesfinanzgesetz 2017** – BFG 2017)

[BGBl I 102/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzgesetz 2016**, das **Bundesfinanzrahmengesetz 2016 bis 2019** und das **Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020** geändert werden

[BGBl I 103/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Apothekengesetz** geändert wird (Adaptierung der Bedarfsgrenze zur Errichtung von Apotheken)

[BGBl I 104/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert werden (**Besoldungsrechtsanpassungsgesetz**) (Klarstellung in den maßgeblichen Rechtsvorschriften, dass die Bundesbesoldungsreform 2015 die besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten ohne zeitmäßige Einschränkungen, also auch vor dem 1. März 2015, umfassend neu regelt)

[BGBl I 105/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gewebesicherheitsgesetz** geändert wird (Umsetzung der RL [EU] 2015/565 hinsichtlich bestimmter Vorschriften für die Kodierung menschlicher Gewebe und Zellen und der RL [EU] 2015/566 hinsichtlich der Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit von Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei eingeführten Geweben und Zellen)

[BGBl I 106/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Europa-Wählerevidenzgesetz, das Volksabstimmungsgesetz 1972, das Volksbefragungsgesetz 1989 geändert sowie das Volksbegehrengesetz 2018 und das Wählerevidenzgesetz 2018 erlassen werden (**Wahlrechtsänderungsgesetz 2017**) (Unterstützung von Volksbegehren auf elektronischem Weg; Schaffung eines Zentralen Wählerregisters)

[BGBl II 361/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 4. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**4. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

[BGBl II 363/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Qualitätszielverordnung Chemie Oberflächengewässer** und die **Gewässerzustandsüberwachungsverordnung** geändert werden

[BGBl II 364/2016 \(Anlage 1; Anlage 2 A; Anlage 2 B; Anlage 3 A; Anlage 3 B; Anlage 4 A; Anlage 4 B\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Binnenschiffahrtfunkverordnung** geändert wird

[BGBl II 365/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zur Durchführung von gemeinschaftlichen Marktordnungsmaßnahmen im Weinbereich, zur Festlegung von bestimmten Anforderungen an Österreichischen Sekt, zur Änderung der Verordnung über Rebsorten für Qualitätswein, Landwein und Wein ohne geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe mit Rebsorten- oder Jahrgangsbezeichnung und zur Durchführung des gemeinschaftlichen Genehmigungssystems für Rebplantagen (**Verordnung über Marktordnungsmaßnahmen, Sektbezeichnung, Rebsorten und Rebplantagen**)

[BGBl II 368/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 5. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**5. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

[BGBl II 370/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den Inhalt und die Gliederung der von Sicherungseinrichtungen zu übermittelnden Ergebnisse ihrer Stresstests (**Sicherungseinrichtungen-Stresstestverordnung – SiEi-StrV**)

[BGBl II 371/2016 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur Stammdatenmeldung (**Stammdatenmeldungsverordnung 2016 – StDMV 2016**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 327 v 02.12.2016, 1](#)

Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den **barrierefreien Zugang** zu den Websites und mobilen Anwendungen **öffentlicher Stellen**

[ABl L 329 v 03.12.2016, 43](#)

Beschluss (EU) 2016/2118 des Rates vom 28. Oktober 2016 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — des **Abkommens** über eine **strategische Partnerschaft** zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Kanada** andererseits und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens

[ABl L 329 v 03.12.2016, 45](#)

Abkommen über eine **strategische Partnerschaft** zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Kanada** andererseits

[ABI L 330 v 03.12.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/2094 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1342/2008 des Rates zur **Festlegung eines langfristigen Plans** für die **Kabeljaubestände** und die **Fische-reien**, die diese Bestände befischen

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2016, [V 20/2016](#); [V 45/2015](#)

StraßenverkehrsO; Abweisung eines **Antrags des LVwG Oö auf Feststellung der Gesetzwidrigkeit einer GeschwindigkeitsbeschränkungsVO** des Gemeinderats der Stadt Braunau am Inn; keine Übertragung der Zuständigkeit zur Erlassung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Bürgermeister durch die ÜbertragungsVO 1985; Zuständigkeit des Gemeinderats zur Verordnungserlassung daher gegeben; ausreichendes Ermittlungs- und Anhörungsverfahren

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

05.10.2016, [Ro 2014/06/0044](#)

Tir BauO; Erteilung der Bewilligung für die Errichtung eines Mehrfamilienhauses; div Einwendungen der Nachbarn; im Hinblick auf die Situierung des zu bebauenden Grundstücks inmitten von Einfamilienhäusern liegen infolge der geplanten Stellplätze in einer Tiefgarage **besonderer Umstände** vor, die **eine über das übliche Maß hinausgehende Immissionsbelastung** der Nachbarn nicht ausgeschlossen erscheinen lassen; es wäre daher erforderlich gewesen, durch Einholung von SV-Gutachten die Immissionsbelastung an der jeweiligen Grundgrenze der Rw festzustellen und deren Auswirkungen auf den menschlichen Organismus zu beurteilen

02.11.2016, [Ra 2016/06/0046](#)

Bundesstraßen-MautG; der Tatbestand des § 20 Abs 3 Bundesstraßen-MautG wird durch das Unterlassen der fristgerechten Übermittlung des Nachweises über die Zuordnung des Fahrzeuges zur erklärten EURO-Emissionsklasse in Zusammenhang mit einer nicht ordnungsgemäßen Entrichtung fahrleistungsabhängiger Maut für die Benützung einer Mautstrecke erfüllt; Anknüpfungspunkt ist das Unterlassen des Nachweises; wird die Maut unabhängig von den **Nachweispflichten betreffend die EURO-Emissionsklasse** nicht entrichtet, ist dies bereits von § 20 Abs 1 leg cit erfasst; es kann erst nach Ablauf der Übermittlungsfrist feststehen, ob eine Mautverkürzung stattfand und somit der Straftatbestand des § 20 Abs 3 leg cit erfüllt ist

02.11.2016, [Ro 2014/06/0087](#)

ZiviltechnikerG; **Erlöschen der Befugnis eines Ziviltechnikers** wegen Abweisung des Antrags auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Kostendeckung; § 17 Abs 1 Z 5 Fall 1 ZiviltechnikerG stellt allein auf die **Nichteröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens** ab, weshalb die Befugnis des Rw ggst mit Abweisung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ex lege erloschen ist; ein Rückgängigmachen eines solchen von Gesetzes wegen eingetretenen Erlöschens im Fall einer späteren Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sieht das ZiviltechnikerG nicht vor

04.11.2016, [Ro 2014/05/0054](#)

Oö RaumordnungsG; Änderung der Flächenwidmung eines Grundstücks von „Wohngebiet“ auf „gemischtes Baugebiet“; Erteilung der Baubewilligung für die Änderung des Verwendungszwecks des auf diesem Grundstück situierten Gebäudes von Wohnnutzung auf Büronutzung; div Einwendungen der Nachbarn; Aufhebung der Flächenwidmung durch den VfGH mangels ausreichender Auseinandersetzung mit einer möglichen **Verletzung von Interessen der Nachbarn bei der Änderung der Flächenwidmung** auf „gemischtes Baugebiet; **Theorie vom „weißen Fleck“**; neuerliche Erteilung der Baubewilligung aufgrund der nun fehlenden Widmung; Aufhebung der Baubewilligung durch die Vorstellungsbehörde mangels Prüfung der Zulässigkeit des Bauvorhabens auf Grund der Vorgaben des örtlichen Entwicklungskonzepts durch den Gemeinderat nach der teilweisen Aufhebung des Flächenwidmungsplans; Rechtswidrigkeit der Entscheidung der Vorstellungsbehörde mangels Dar-

legung, weshalb diese davon ausgegangen ist, dass das **örtliche Entwicklungskonzept** Regelungen beinhaltet, die den Nachbarn ein **subjektiv-öffentliches Recht in Bezug auf den Immissionsschutz** einräumen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 21.11.2016, [W113 2138636-1](#)

UVP-G; trotz des weiten Begriffsverständnisses der **Umweltinformation** handelt es sich bei **Anerkennungsbescheiden** von Umweltorganisationen um keine Umweltinformationen; Anerkennungsbescheide enthalten definitionsgemäß keine Informationen über den Zustand von Umweltbestandteilen oder Faktoren, weiters keine Informationen über Berichte über die Umsetzung des Umweltrechts, Kosten/Nutzen-Analysen etc oder den Zustand der menschlichen Gesundheit; auch die Möglichkeit der Auswirkung der Anerkennungsbescheide als „Maßnahmen“ iSd § 2 Z 3 UmweltinformationsG ist zu abstrakt um Anerkennungsbescheide als Umweltinformationen zu qualifizieren

LVwG Oö 22.11.2016, [LVwG-150994](#)

Oö BauO; bescheidmäßiger **Auftrag zur Beseitigung eines konsenslos errichteten Wohnhauses** wegen zu geringem Abstand zur Nachbargrundgrenze; mangels gesetzlicher Abstandsbestimmungen zum Zeitpunkt der Errichtung des Wohnhauses kommt es auf die dbzgl Angaben in den maßgeblichen Planzeichnungen und auf die Ausführungen in der Baubeschreibung und in der Verhandlungsschrift an; eine Unterschreitung des sich daraus ergebenden Mindestabstands ist auch bei Zustimmung des seinerzeitigen Grundstücksnachbarn unzulässig; bloße Benützungsbewilligung kein Ersatz für eine neuerliche Baubewilligung

LVwG Oö 22.11.2016, [LVwG-301285](#)

GleichbehandlungsG; bescheidmäßige Ermahnung wegen der Ausschreibung einer Stelle als „Projekt- und Prozessmanager (m/w)“; der **Hinweis „m/w“** ist unter Zugrundelegung des allgemeinen Sprachgebrauchs durchaus geeignet, die Absicht zu vermitteln, dass sich die **Stellenausschreibung ohne Unterschied an Frauen und Männer** zugleich richtet

LVwG Oö 25.11.2016, [LVwG-050071](#)

ApothekenG; Bewilligung zur **Führung einer ärztlichen Hausapotheke am Sitz einer Zweitordination**; Beschwerde gegen die Bewilligung durch den Inhaber einer in der Nachbargemeinde situierten öffentlichen Apotheke; strittig ist, ob das in § 29 Abs 1 Z 2 und 3 ApothekenG normierte **Kriterium des „Berufssitzes“** erfüllt ist; bei zwei Berufssitzen darf eine Hausapothekenbewilligung nur für jenen erteilt werden, an dem tatsächlich signifikant mehr Patienten behandelt werden

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 12.10.2016, [LVwG-AV-423/001-2016](#)

AVG; werden **zahlreiche Behörden mit dem gleichen Auskunftsbegehren in Anspruch genommen** und ist evident, dass durch zusätzliche Anfragen keine weiteren Erkenntnisse erlangt werden können, so ist die Annahme gerechtfertigt, dass die weitere Inanspruchnahme lediglich aus Freude an der Behelligung der Behörde erfolgt ist

LVwG Wien 08.11.2016, [VGW-001/076/12020/2016/E](#)

GlücksspielG; gegen § 52 GlücksspielG bestehen, entgegen der Meinung des VwGH (6. September 2016, Ra 2015/09/0133), **keine verfassungsrechtlichen Bedenken**, da diese Norm mit dem Unionsrecht (insbesondere Art 56 bis 62 AEUV) zu vereinbaren ist; folgerichtig kann von vornherein keine Verletzung des **Gleichheitssatzes** sowie keine **Inländerdiskriminierung** vorliegen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[07.12.2016, Rs C-686/15, *Vodopskrba i odvodnja*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umwelt** – Richtlinie 2000/60/EG – Ordnungsrahmen für Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der **Wasserpolitik** – Deckung der Kosten der **Wasserdienstleistungen** – Berechnung des vom Verbraucher geschuldeten Betrags – **Variabler Preisanteil**, der mit dem tatsächlichen Wasserverbrauch verknüpft ist, und **fixer Preisanteil**, der vom Wasserverbrauch unabhängig ist

[08.12.2016, Rs C-127/15, *Verein für Konsumenteninformation*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2008/48/EG – **Verbraucherschutz** – **Verbraucherkredit** – Art 2 Abs 2 Buchst j – Vereinbarungen über einen neuen **Tilgungsplan** – **Unentgeltliche Stundung** – Art 3 Buchst f – Kreditvermittler – Im Namen der Kreditgeber handelnde **Inkassounternehmen**

[08.12.2016, Rs C-208/15, *Stock '94*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Integrierte Zusammenarbeit** – **Kapitalbereitstellung** und Lieferung von Gegenständen des **Umlaufvermögens**, die für die **landwirtschaftliche Erzeugung** erforderlich sind – Einheitliche und komplexe Leistung – Unterschiedliche und unabhängige Leistungen – Nebenleistung und Hauptleistung

[08.12.2016, Rs C-453/15, *A und B*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Steuerwesen** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 56 – **Ort der Dienstleistung** – Begriff ‚**ähnliche Rechte**‘ – Übertragung von **Treibhausgasemissionszertifikaten**

[08.12.2016, verb Rs C-532/15 und C-538/15, *Eurosaneamientos ua*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Leistungen von Prozessbevollmächtigten – **Gebührenordnung** – Gerichte – Unmöglichkeit der Abweichung

[08.12.2016, Rs C-553/15, *Undis Servizi*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Öffentliche Dienstleistungsaufträge** – Auftragserteilung ohne Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens – ‚**In-House**‘-**Vergabe** – Voraussetzungen – Kontrolle wie über die eigenen Dienststellen – Verrichtung der Haupttätigkeit – Beauftragte Gesellschaft mit **öffentlichem Kapital**, deren Anteile mehrere **Gebietskörperschaften** innehaben – Tätigkeit auch zugunsten nicht beteiligter Gebietskörperschaften – Tätigkeit, die von einer nicht beteiligten Behörde auferlegt wird

[08.12.2016, Rs C-600/15, *Lemnis Lighting*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion** und **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – **Kombinierte Nomenklatur** – Positionen 8539, 8541, 8543, 8548 und 9405 – Lampen aus Leuchtdioden (LED)

B. SCHLUSSANTRÄGE

[06.12.2016, Rs C-690/15, *de Lobkowicz \(GA Mengozzi\)*](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Beamter der Europäischen Union – **Pflichtversicherung** im Sozialversicherungssystem der **Organe der Europäischen Union** – Finanzierung der Leistungen der nationalen Sozialversicherung – Einkünfte aus Immobilien – **Beitragspflicht** – Sozialbeitrag (CSG) – **Sozialabgabe** – Zusatzbeiträge

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.12.2016, Beschwerde Nr [55907/08](#), *Sarihan / Türkei*

Keine Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **keine Verletzung** der aus Art 2 EMRK ableitbaren **positiven Verpflichtungen** im Fall des durch eine **Antipersonenmine getöteten** Bf; hinreichende Information und Warnung bezüglich der Gefahren bei Betreten des verminten Gebiets

06.12.2016, Beschwerde Nr [20323/14](#), *Kanalas / Rumänien*

Verletzung von Art 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verweigerung** im Fall des inhaftierten Bf, das **Gefängnis verlassen** zu dürfen, um am **Begräbnis** seiner **Mutter** teilzunehmen, als ungerechtfertigter Eingriff in sein Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens; allgemeine Zustände im Gefängnis als Verletzung von Art 3 EMRK

08.12.2016, Beschwerde Nr [7949/11](#) ua, *L.D. und P.K. / Bulgarien*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionswidrige **fehlende Möglichkeit** der beiden bf biologischen Väter, ihre **Vaterschaft** an **außerehelich** geborenen Kindern **gerichtlich feststellen** zu lassen bzw die bereits festgestellte **Vaterschaft** anderer Männer an den Kindern **anzufechten**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.